

Dringlichkeitsantrag: Die Ursachen der Vogelgrippe jetzt effektiv bekämpfen. Grausame Massentötungen und endlose Steuerverschwendungen beenden. Betroffene Wildvogelarten langfristig stärken.

Antragsteller*in: Kathrin Weber (KV Bielefeld)

Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Status: Eingereicht (ungeprüft)

Antragstext

1 Der Kranichzug ist in diesem Jahr von einem verheerenden Ausbruch von H5N1,
2 einer hochpathogenen Variante der aviären Influenza überschattet. An vielen
3 Orten haben Helfer*innen schon tausende toter Kraniche geborgen. In den großen
4 Geflügelbetrieben fanden die ersten Ausbrüche in diesem Herbst schon zeitlich
5 davor, am 1. ^[1] bzw. 11. Oktober ^[2] statt.

6 Seit 2006 tritt die Vogelgrippe immer wieder an einer oder anderen Stelle in
7 Europa auf. In 2022 verendeten an der Nordsee zehntausende Brandseeschwalben,
8 Basstölpel und andere seltene und bedrohte Seevögel ^[3]. In 2023 starben 20.000
9 Kraniche in Ungarn ^[4]. Und Millionen sog. Nutztiere, Enten, Puten, Hühner,
10 Gänse und Zootiere/Haustiere wurden in dieser Zeit regelmäßig hektisch und für
11 die Tiere besonders leidvoll getötet.

12 Ansätze für wirkliche Lösungen sind auch dieses Jahr wieder nicht zu sehen. Wie
13 seit fast 20 Jahren wird stur auf der Stallpflicht beharrt, welche zwangsläufig
14 mit Leiden für die Tiere verknüpft ist, oder gar die Vernichtung hunderttausender
15 Vogelleben behördlich diktiert, obwohl doch längst evident ist, dass diese
16 mitleidlosen Maßnahmen das Problem nicht lösen. Auch der Beitrag des EU-weiten
17 Wildvogelmonitorings zur Vermeidung von Vogelgrippe scheint überschaubar zu
18 sein.

19 Und auch dieses Jahr wird das Leid der Tiere nach kurzer Betroffenheit wieder
20 von Rufen nach mehr Unterstützung für die betroffenen Unternehmen aus
21 Steuergeldern und Diskussionen über Verbraucherpreise überlagert. Dabei wird das
22 Töten der Tiere und damit mittelbar die industrielle Haltung von Tieren ja schon
23 staatlich subventioniert ^[5]! Berechtigte Kritik an der Tierindustrie
24 verschwindet nach kurzer Zeit wieder ungehört. Die Bilder gleichen eins zu eins
25 den Nerz-Tötungen während der Covid-Pandemie, nur dass diese endlich zu
26 Konsequenzen in der Pelzindustrie geführt haben.

27 Darum: So darf es nicht weitergehen! Denn so bessert sich nichts, ganz im
28 Gegenteil, es kann auch noch schlimmer werden, wie das Auftreten von
29 Geflügelpest bei Rindern in den USA zeigt! Wir brauchen jetzt einen
30 Maßnahmenkatalog, wie Ausbrüche in Zukunft früh erkannt und begrenzt werden
31 können und entschiedene politische Anstrengungen, damit die jetzt betroffenen
32 Wildvogelpopulationen eine Chance bekommen, sich wieder zu erholen.

33 1. Wir fordern ebenso wie der Nabu Brandenburg eine genaue und transparente
34 Untersuchung, wie es in diesem Jahr zu den Ausbrüchen kommen konnte ^[6]. Es
35 sollte im Interesse aller sein, die tatsächlichen Wege der immer wiederkehrenden
Infektionskrankheit herauszufinden und wirksam abzustellen. Die offizielle

37 Hypothese, dass Wildvögel die Eintragsursache darstellen, erweist sich aufgrund
38 einer Vielzahl beobachteter Verläufe als immer weniger haltbar: Die Zahl der
39 schon seit Juni betroffenen Stallhaltungen bei sehr geringen Wildvogelfunden bis
40 Anfang Oktober deutet auf Verbreitung durch Kontakte der Geflügelindustrie
41 untereinander/Vektoren der Geflügelindustrie hin. Die Infektion der Kraniche
42 scheint dem nachgelagert zu sein ^[7].

43 2. Entenställe können lange Zeit unentdeckt mit hochpathogener Influenza
44 infiziert sein. Bislang wird jährlich eine Million Tonnen Geflügelmist
45 ungetestet und unsterilisiert auf Agrarflächen in Deutschland verteilt. Kot und
46 Kadaver müssen regelmäßig vor Ausstellung und Transport getestet werden^[8].
47 Betriebsprüfungen im Hinblick auf Biosicherheitsmaßnahmen könnten hier früh auf
48 Probleme hinweisen.

49 3. Ebenso wichtig ist die systematische Untersuchung der Abwässer von
50 Schlachthäusern, um das Auftreten von Geflügelpest künftig zeitnah und eindeutig
51 nachweisen zu können. Diese Sicherheitsroutine ist einfach und seit Jahren
52 überfällig.

53 4. Massen von Tieren, auf engem Raum aufgestallt, befördern Krankheiten und
54 Viren: Influenza-Viren mutieren in solchen Haltungen mit genetisch ähnlichen
55 Tieren, die unter erheblichem Stress stehen und ein schlechtes Immunsystem
56 haben, besonders schnell auch zu höherpathogenen Viren. Diese Form der
57 Tierhaltung muss die Landwirtschaft hinter sich lassen. Tiere sind fühlende
58 Lebewesen. Sie dürfen nicht mehr als eine anonyme Industrieware behandelt
59 werden. Bis dahin müssen solche Betriebe deutlich stärker an den Kosten der
60 Vogelgrippe beteiligt werden. Im Sinne von One Health, den wahren Kosten und
61 Kollateralschäden, dürfen Steuergelder nicht dafür eingesetzt werden, die Ställe
62 einfach wieder aufzufüllen und weiterzumachen wie bisher. Um die wiederkehrende
63 "Keulung" hunderttausender Tiere zu vermeiden, sollten die epidemiologischen
64 Einheiten ^[9] generell auf 1.000 Tiere begrenzt werden.

65 5. Viele Verbraucher wissen nicht, wie eine Tierhaltung eigentlich aussieht, die
66 die Bedürfnisse von Vögeln mehr berücksichtigt. Wir brauchen eine
67 Informationskampagne, die die Tiere in den Mittelpunkt rückt und auch
68 pflanzliche Alternativen zu Geflügelprodukten aufzeigt. Im Interesse aller muss
69 eine gesunde, tier- und umweltfreundliche Agrar- und Ernährungswende
70 vorangebracht werden, die Zukunftsperspektiven für Landwirt*innen in
71 diversifizierten lokalen Wirtschaftskreisläufen schafft.

72 6. Die betroffenen Wildvögel sind ohnehin durch Landwirtschaft, Siedlungen,
73 Tourismus und Klimawandel gefährdet. Aktuell ist für sie vor allem eine
74 ungestörte Rast wichtig. Ihre enormen Verluste können sie in Zukunft aber nur
75 ausgleichen, wenn sie guten Bruterfolg haben. Dafür brauchen sie in unserer
76 Landschaft wieder mehr Raum. In Bund und Ländern muss daher auf eine schnelle
77 und ambitionierte Durchsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung gedrungen
78 werden. ^[10]

79 [1]https://www.kreis-paderborn.de/kreis_paderborn/aktuelles/pressemitteilungen/gefluegelpest-in-delbrueck-lippling-ausgebrochen.php

82 [2]<https://www.tagesschau.de/inland/regional/brandenburg/rbb-gefluegelpest-in-entenbetrieb-in-maerkisch-oderland-festgestellt-3-000-tiere-getoetet-100.html>

84 [3]<https://www.birdlife.org/news/2022/08/08/an-unprecedented-wave-of-avian-flu-has-been-devastating-bird-populations-across-the-northern-hemisphere/>

85 [4]<https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/gefaehrdungen/krankheiten/vogelgrippe/32514.html> Meldung vom
86 18.12.2023

87 [5] Die Tierseuchenkasse bekommt nur zu maximal 50% das Geld von
88 Geflügelhaltungen, der Rest wird aus Steuermitteln ergänzt.

89 [6]<https://brandenburg.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/36676.html>

90 [7]<https://www.hgon.de/entdecken/aktuelles/gefluegelpest-bei-kranichen-auch-hessen-ist-betroffen/>

91 [8] HPAI-Viren können bei 4 Grad Celsius bis zu zwei Monate in Geflügelmist überleben.

92 https://PMC3784916/pdf/13337_2013_Article_135.pdf

93 [9] = die Tiere, die in miteinander verbundenen Einheiten leben.

94 [10]<https://www.nabu.de/news/2025/10/36681.html>

Begründung der Dringlichkeit

Die verheerenden Auswirkungen der diesjährigen Vogelgrippe wurden in diesem Jahr um den 20. Oktober sichtbar und öffentlich, zunächst in Brandenburg im Vogelrastgebiet an den Linumer Teichen (<https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/vogelgrippe-in-brandenburg-tote-kraniche-bei-linum-burgermeister-fordert-mehr-hilfe-14636378.html>). Seitdem dehnt sich die Vogelgrippe immer weiter aus, und immer mehr zahlreiche tote Wildvögel werden gefunden, ebenso werden immer mehr Infektionen in Geflügelhaltungen bekannt. Bis jetzt wurde keine echte Ursachenforschung von offizieller Stelle unternommen, und die Maßnahmen sind die gleichen wie in den Jahren zuvor, mit zu erwartender eher geringer Wirkung. Dabei liegen ganz andere Maßnahmen, die auch kurzfristig und einfach umzusetzen sind, nahe. Was die jetzt so stark betroffene Kranichpopulation angeht, so ist jetzt der richtige Zeitpunkt, auf eine schnelle und ambitionierte Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung zu dringen.

weitere Antragsteller*innen

Elisabeth Petras (KV Hamburg-Nord); Anja Abate (KV Berlin-Kreisfrei); Marco Meyn (KV Hamburg-Mitte); Renate Rastätter (KV Karlsruhe); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Andrea Schulte-Krauss (KV Starnberg); Christine Knoß (KV Ludwigsburg); Tessi Altkrüger (KV Dresden); Jonathan Beil (KV Mansfeld-Südharz); Thorben Thieme (KV Neuwied); Angelika Österreicher (KV Stuttgart); Dorothee Wiest (KV Reutlingen); Sibylle De Mott (KV Böblingen); Sascha Müller (KV Böblingen); Martin Drees (KV Plön); Gabriele Piachnow-Schmidt (KV Steinburg); Sabine Duwe (KV Plön); Christine Großmann (KV Karlsruhe); Dagmar Plohnke (KV Hamburg-Harburg); sowie 122 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Das Göttinger Haus der Kulturen bleibt an seinem jetzigen Standort!

Antragsteller*in: Tobias Darge (KV Göttingen)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge
Status: Antragsteller*innen sammeln

Antragstext

1 Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) hat dem Trägerverein, Zukunfts-
2 Werkstatt e. V. (ZW), des Hauses der Kulturen zum 31.12.2025 gekündigt. Die BImA
3 ist dabei, die Existenz des ersten Hauses der Kulturen in der Bundesrepublik
4 Deutschland, eines wichtigen soziokulturellen Zentrums in Göttingen zu
5 gefährden. Das Haus der Kulturen in Göttingen muss an seinem Standort erhalten
6 bleiben!
7 Das Haus der Kulturen ist ein selbstverwaltetes und selbstfinanziertes Zentrum
8 für den interkulturellen Austausch in einem migrantisch geprägten Stadtteil und
9 für die gesamte Stadt Göttingen. Das Haus ist von großem Wert für die Förderung
10 der Integration durch Bildung und Kultur, für die Verständigung zwischen den
11 Menschen und setzt sich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ein.
12 Aber nicht nur das. Der Trägerverein Zukunftswerkstatt e. V. hat dieses Haus vor
13 fast 30 Jahren als ein ehemaliges, leerstehendes Lagerhaus von der BImA
14 angemietet und seitdem auf eigene Kosten für den jetzigen Gebrauch ausgebaut. In
15 diesem Punkt ist der Trägerverein ein Best Practice in den Bereichen Förderung
16 der Integration und des ehrenamtlichen Engagements. Seit Beginn des
17 Mietverhältnisses hat der Trägerverein ca. eine halbe Million für bauliche
18 Maßnahmen in das Haus investiert und die einzelnen Etagen des Gebäudes für die
19 Nutzung anderer Vereine und Initiativen hergerichtet. Viele der Initiativen und
20 Vereine können sich Büroräume an anderen Standorten oft nicht leisten. Ein
21 großer Teil der Mieter*innen sind Migrantenselbstorganisationen, die über die
22 Nutzung der Büroräume und der Veranstaltungsräume eigenständig
23 Integrationsmaßnahmen aufbauen und umsetzen. Wirft man einen Blick auf die
24 Berufsbiografien der Menschen, die in den vergangenen Jahren im Haus der
25 Kulturen tätig waren, sei es im Verwaltungs-, Veranstaltungs-, Kunst und
26 Kultursektor, im Handwerk oder Baubereich, haben hier ihren Anfang genommen. Sei
27 es über ihr ehrenamtliches Engagement oder Maßnahmen der
28 Arbeitsmarktvermittlung. Dies ist und war nur möglich, weil das Haus der
29 Kulturen, die dort tätigen Vereine und das Gelände viele und breite Einsatz- und
30 Entfaltungsmöglichkeiten bot und bietet.
31 Dafür hat der Trägerverein Zukunftswerkstatt e. V. bereits im Jahr 2002 eine
32 Anerkennung des damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau erhalten. In einem
33 Schreiben vom 3. November 2025 hat das Bundespräsidialamt ebenfalls die
34 Bedeutung des Hauses der Kulturen für Göttingen betont.
35 Diese Kündigung würde ein unverzichtbares Zentrum der Begegnung in der Göttinger
36 Weststadt, einen Stadtteil mit mehreren sozialen Brennpunkten für immer
37 zerstören.
38 Der Deutsche Bundestag möge die Bundesregierung auffordern, sich dafür
39 einzusetzen, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben die Kündigung
40 zurücknimmt, um gemeinsam mit dem Trägerverein und der Stadt Göttingen eine

- 41 tragfähige Lösung für den Fortbestand des Göttinger Hauses der Kulturen am
42 jetzigen Standort zu finden.

Begründung der Dringlichkeit

Die Bundesanstalt für Immobilienfragen hat die Kündigung noch nicht zurück genommen, obwohl sich die Grüne Landtagsabgeordnete, die Grüne Bundestagsabgeordnete und die Göttinger Oberbürgermeisterin sich dafür eingesetzt hat.

weitere Antragsteller*innen

Sissi Karnehm-Wolf (KV Göttingen); Markus Bürger (KV Göttingen); Markus Südekum (KV Göttingen); Sophie Darge (KV Göttingen); Jutta Bernick (KV Göttingen); Elena Futter-Buck (KV Göttingen); Tim Haas (KV Göttingen)

Dringlichkeitsantrag: Für kein Geld der Welt – Kein Freikauf von Verantwortung

Antragsteller*in: Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge
Status: Eingereicht (ungeprüft)

Antragstext

- 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Deutsche Bundesregierung auf:
- 2 1. Das Angebot an afghanische Staatsangehörige, im Gegenzug für eine Geldzahlung
3 oder andere Anreize aus Ausreiseprogrammen auszusteigen, zurückzunehmen und
4 Angebote dieser Art zu unterlassen.
- 5 2. Die Schutzbedürftigkeit der Antragstellenden nicht weiter in Frage zu stellen
6 und die Zurücknahme rechtsverbindlicher Aufnahmezusagen durch das Bundesamt für
7 Migration und Flucht (BAMF) zu stoppen.
- 8 3. Alle erteilten Aufnahmezusagen über das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan,
9 die Menschenrechtsliste, das Überbrückungsprogramm und das Ortskräfteverfahren
10 uneingeschränkt umzusetzen. Die Bundesregierung muss alle offenen
11 Sicherheitsprüfungs- und Visaverfahren umgehend und ohne weitere Verzögerungen
12 abschließen sowie die Ausreisen nach Deutschland ermöglichen.
- 13 4. Umgehend die Beschlüsse der Gerichte umzusetzen, die die Bundesregierung
14 auffordern, den Menschen Visa zu erteilen, sie auszufliegen und ihre Ausreise
15 nicht weiter zu verschleppen. Dass Gerichte der Bundesregierung mit
16 Zwangsgeldzahlungen drohen müssen, damit sie ihre Beschlüsse umsetzt, ist
17 beschämend.
- 18 5. Auf die pakistانية Regierung einzuwirken, damit afghanische
19 Staatsangehörige mit deutscher Aufnahmezusage, die sich derzeit in Pakistan
20 aufhalten, effektiv vor Inhaftierungen und Abschiebungen geschützt werden.
21 Deutschland muss gemeinsam mit Pakistan sicherstellen, dass keine weiteren
22 betroffenen Personen gegen ihren Willen nach Afghanistan abgeschoben werden.
- 23 6. Auf die pakistانية Regierung einzuwirken, damit Afghan*innen, die trotz
24 bestehender deutscher Aufnahmezusage nach Afghanistan abgeschoben wurden,
25 umgehend nach Pakistan zurückgebracht werden und ihre Aufnahmeverfahren
26 fortgeführt werden.
- 27 7. Die von ihr selbst gesetzte Frist zur Abwicklung aller Verfahren bis Ende des
28 Jahres zu verlängern, da es nicht möglich sein wird, diese einzuhalten. Dafür
29 fordern wir die Bundesregierung auf, diplomatisch mit Pakistan zu verhandeln.
30 Die ca. 1.900 Menschen haben auch über das Jahr 2025 hinaus einen Anspruch auf
31 Umsetzung ihrer Aufnahmezusage.
- 32 8. Die Öffentlichkeit durch das Bundesinnenministerium umfassend über den
33 jeweils aktuellen Stand des Verfahrens zur Umsetzung der Aufnahmezusagen zu
34 informieren und sicherzustellen, dass Transparenz und Rechtsstaatlichkeit
35 gewahrt bleiben.
- 36 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht zu humanitären Aufnahmeprogrammen wie dem
37 Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan und dem Resettlement-Programm für besonders

38 gefährdete Menschen. Diese Programmemüssen fortgeführt, ausgeweitet und
39 beschleunigt werden.

Begründung der Dringlichkeit

Im Juli wurde durch Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlins klargestellt, dass die Bundesregierung "durch bestandskräftige, nicht widerrufene Aufnahmebescheide rechtlich zur Aufnahme" der Menschen aus Afghanistan verpflichtet ist und sich "[v]on dieser freiwillig eingegangen Bindung" nicht lösen kann. Nach exklusiven Recherchen des ARD-Hauptstadtstudios – veröffentlicht am 4.11.2025 – versucht die Bundesregierung gegenwärtig, mit finanziellen Angeboten afghanische Staatsangehörige in Pakistan zum Verzicht auf ihre zugesagte Aufnahme in Deutschland zu bewegen. Das ist ein Bruch mit völkerrechtlichen und menschenrechtlichen Verpflichtungen sowie eine politische und moralische Bankrotterklärung. Da sich die Lage der betroffenen Menschen in Pakistan weiter zuspitzt, drohen weitere Inhaftierungen und Abschiebungen nach Afghanistan. Ein sofortiges politisches Handeln ist notwendig, um den Schutz der betroffenen Personen sicherzustellen und den Schaden für Deutschlands Glaubwürdigkeit in der Menschenrechts- und Flüchtlingspolitik abzuwenden.

Begründung

Die Bundesrepublik Deutschland trägt eine besondere Verantwortung gegenüber den Menschen in Afghanistan – nicht nur aus Mitmenschlichkeit, sondern auch aus historischer und politischer Verpflichtung. Zwei Jahrzehnte lang war Deutschland außen-, sicherheits- und developmentspolitisch in Afghanistan engagiert. Der Krieg hat hunderttausende Zivilist*innen, zahlreiche Bundeswehrsoldat*innen und afghanische Streitkräfte, die mit der Bundeswehr gegen die Taliban gekämpft haben, das Leben gekostet hat.

Viele Afghan*innen haben ihre Sicherheit und die Sicherheit ihrer Familien riskiert, um sich auf die Seite der internationalen Gemeinschaft zu stellen. Sie haben für ein demokratischeres und freieres Afghanistan gekämpft, für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Und damit auch an der Seite Deutschlands. Sie waren Übersetzer*innen, Ortskräfte, Journalist*innen, Aktivist*innen, Künstler*innen, Frauenrechtler*innen und LGBTIQ*-Personen. Sie alle haben geholfen, das deutsche Engagement „am Hindukusch zu verteidigen“ – wie es einst politisch hieß.

Ihnen drohen nun Folter oder gar der Tod durch die Taliban. Sie haben eine Aufnahmezusage von Deutschland erhalten. Es ist ein Verrat an ihnen und an unseren Werten, wenn die Bundesregierung weiter versucht sich mit Geld aus der Verantwortung freizukaufen. Wer ihnen jetzt den Schutz verweigert, missachtet nicht nur internationale Verpflichtungen, sondern auch das eigene moralische Fundament.

Die Berichte über finanzielle Angebote an afghanische Schutzberechtigte sind deshalb ein schwerer politischer und ethischer Fehler. Sie stellen den Wert deutscher Zusagen und den Sinn humanitärer Aufnahmeprogramme in Frage. Statt Menschen in existenzieller Bedrohung zu marginalisieren oder mit Geld zum Schweigen zu bringen, muss Deutschland seine Zusagen einlösen – vollständig, transparent und unverzüglich.

Zugleich verschärft sich die Lage der Betroffenen dramatisch: Pakistanische Behörden inhaftieren zunehmend afghanische Staatsangehörige mit deutscher Aufnahmezusage und schieben sie nach Afghanistan ab. Die Rückkehr nach Afghanistan bedeutet für sie Lebensgefahr – insbesondere für Frauen und andere vulnerable Gruppen, wie LGBTIQ*-Personen, religiöse Minderheiten und/oder Menschen, die sich für Freiheit, Bildung und Menschenrechte eingesetzt haben.

Deutschland darf keine Politik betreiben, die moralische Verpflichtung in eine finanzielle Kalkulation verwandelt. Ein solches Verhalten ist eines Rechtsstaats unwürdig.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gilt:

Menschenrechte sind nicht verhandelbar – und schon gar nicht käuflich. Deutschland muss zu seinem Wort stehen.

weitere Antragsteller*innen

Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Schahina Gambir (KV Minden-Lübbecke); Luna Möbius (KV Halle); Luca Theresa Wirkus (KV Osnabrück-Stadt); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Enad Altaweel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Niklas Wolf (KV Lüneburg); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Sandra Smolka (KV Freising); Clemens Grieshop (KV Berlin-Pankow); Yvonne Marchewitz (KV Hannover); Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg); Annika Schulze Wintzler (KV Hannover); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Monica Manon Sandhas (KV Hannover); Falco Strasser (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln); Regine Pell (KV München); Carolin Wohlgemuth (KV Bremen-Mitte); sowie 140 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Die Wildvogelgrippe und ihre Ursachen effektiv bekämpfen

Antragsteller*in: Kathrin Weber (KV Bielefeld)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge
Status: Eingereicht (ungeprüft)

Antragstext

1 Der Kranichzug ist in diesem Jahr von einem verheerenden Ausbruch von H5N1,
2 einer hochpathogenen Variante der aviären Influenza überschattet. An vielen
3 Orten in Deutschland haben Helfer*innen seit dem 23. Oktober schon über 15.500
4 Kraniche geborgen^[1], die Dunkelziffer liegt weit höher, und aus anderen
5 Regionen Europas kommen täglich neue Meldungen.

6 Seit 2006 tritt die Vogelgrippe in Form der "Geflügelpest" immer wieder an der
7 einen oder anderen Stelle in Europa auf. Millionen sog. Nutztiere, Enten, Puten,
8 Hühner, Gänse und Zootiere/Haustiere wurden in dieser Zeit regelmäßig hektisch
9 und für die Tiere besonders leidvoll getötet. Die alte mitleidlose Maßnahme zur
10 Eindämmung der Infektionen, die Stallpflicht, die zwangsläufig mit Leiden für
11 die Tiere verknüpft ist oder gar die Vernichtung hunderttausender Vogelleben
12 behördlich diktiert, ist sichtbar keine ausreichende Maßnahme. Das zeigt die
13 regelmäßige Betroffenheit von Großställen. Und auch der Beitrag des EU-weiten
14 Wildvogelmonitorings zur Vermeidung der "Geflügelpest" scheint überschaubar zu
15 sein.

16 Dass auch eine große Anzahl an Wildvögeln betroffen ist, ist dagegen eher
17 neueren Datums: In 2022 verendeten an der Nordsee zehntausende
18 Brandseeschwalben, Basstölpel und andere Seevögel^[2]. In 2023 starben 20.000
19 Kraniche in Ungarn^[3]. Und dieses Jahr steuert sie seit Ende Oktober sichtbar
20 einen neuen Höhepunkt an.

21 Es wird deutlich, dass die hochpathogene aviäre Influenza eine ernstzunehmende
22 Gefahr für den Artenschutz werden wird, wenn nicht gegengesteuert wird. Sie
23 bedroht jetzt ohnehin gefährdete Vogelarten.

24 Doch eine eingehende Diskussion des politischen Umgangs im Hinblick auf
25 geeignete Maßnahmen bleibt von Seiten der Regierung aus. Und fast noch mehr
26 als in den vergangenen Jahren wird das Leid von Wild- und Nutzieren nach kurzer
27 Betroffenheit von Rufen nach mehr Unterstützung für die betroffenen Unternehmen
28 aus Steuergeldern und Diskussionen über Verbraucherpreise überlagert. Dabei wird
29 das Töten der Tiere und damit mittelbar die industrielle Haltung von Tieren ja
30 schon staatlich subventioniert^[4]! Die Bilder gleichen eins zu eins den Nerz-
31 Tötungen während der Covid-Pandemie, nur dass diese endlich zu Konsequenzen in
32 der Pelzindustrie geführt haben. Berechtigte Kritik an der Tierindustrie^[5] und
33 die Frage nach ihrer Rolle bezüglich der Infektionen unter den Wildvögeln wird
34 auch dieses Jahr wieder nicht ernst genommen.

35 Wichtig wäre aber nun eine eingehende Diskussion des politischen Umgangs im
36 Hinblick auf geeignete Maßnahmen. Denn sonst bessert sich nichts, ganz im
37 Gegenteil, es kann auch noch schlimmer werden, wie das Auftreten von

38 Geflügelpest bei Rindern in den USA zeigt! Welcher Wildvogel wird beim nächsten
39 Mal betroffen sein, wenn nichts geschieht – und mit welchen Auswirkungen?

40 1. Wir fordern ebenso wie der Nabu Brandenburg eine genaue und transparente
41 Untersuchung, wie es in diesem Jahr zu den Ausbrüchen kommen konnte ^[6]. Die
42 offizielle Hypothese, dass Wildvögel die Eintragsursache darstellen, erweist
43 sich aufgrund einer Vielzahl beobachteter Verläufe als immer weniger haltbar.
44 Die Vielzahl der betroffenen Stallhaltungen schon seit Juni bei sehr geringen
45 Wildvogelfunden bis Anfang Oktober deutet auf Verbreitung durch Kontakte der
46 Geflügelindustrie untereinander/Vektoren der Geflügelindustrie hin. Die
47 Infektion der Kraniche scheint dem nachgelagert zu sein ^[7]. Aus den Brutgebieten
48 sind keine Totfunde bekannt. Es sollte im Interesse aller sein, die
49 tatsächlichen Wege der immer wiederkehrenden Infektionskrankheit herauszufinden
50 und wirksam abzustellen.

51 2. Entenställe können lange Zeit unentdeckt mit hochpathogener Influenza
52 infiziert sein. Bislang wird jährlich eine Million Tonnen Geflügelmist
53 ungetestet und unsterilisiert auf Agrarflächen in Deutschland verteilt. Kot und
54 Kadaver müssen ab jetzt regelmäßig vor Ausstellung und Transport getestet
55 werden ^[8]. Betriebsprüfungen im Hinblick auf Biosicherheitsmaßnahmen können früh
56 auf Probleme hinweisen.

57 3. Ebenso wichtig ist die systematische Untersuchung der Abwässer von
58 Schlachthäusern, um das Auftreten von Geflügelpest künftig zeitnah und eindeutig
59 nachweisen zu können. Diese Sicherheitsroutine ist einfach, kann jetzt
60 kurzfristig umgesetzt werden und ist seit Jahren überfällig.

61 4. Massen von Tieren, auf engem Raum aufgestallt, befördern Krankheiten und
62 Viren: Influenza-Viren mutieren in solchen Haltungen mit genetisch ähnlichen
63 Tieren, die unter erheblichem Stress stehen und ein schlechtes Immunsystem
64 haben, besonders schnell auch zu höherpathogenen Viren. Diese Form der
65 Tierhaltung muss die Landwirtschaft hinter sich lassen. Tiere sind fühlende
66 Lebewesen. Sie dürfen nicht mehr als eine anonyme Industrieware behandelt
67 werden. Bis dahin müssen solche Betriebe deutlich stärker an den Kosten der
68 Vogelgrippe beteiligt werden. Im Sinne von One Health, den wahren Kosten und
69 Kollateralschäden, dürfen Steuergelder nicht dafür eingesetzt werden, die Ställe
70 einfach wieder aufzufüllen und weiterzumachen wie bisher. Um die Viruslast an
71 einem Ort zu verringern und die wiederkehrende "Keulung" hunderttausender Tiere
72 zu vermeiden, sollten die epidemiologischen Einheiten ^[9] generell auf 1.000
73 Tiere begrenzt werden.

74 5. Viele Verbraucher wissen nicht, wie eine Tierhaltung aussieht, die die
75 Bedürfnisse von Vögeln mehr berücksichtigt. Wir brauchen langfristig eine
76 Informationskampagne, die die Tiere in den Mittelpunkt rückt und auch
77 pflanzliche Alternativen zu Geflügelprodukten aufzeigt. Die Risiken, die die
78 industrielle Landwirtschaft für die Artenvielfalt auch im Hinblick von HPAI
79 anscheinend darstellt, müssen stärker in das Licht der Öffentlichkeit gerückt
80 werden. Im Interesse aller muss eine gesunde, tier- und umweltfreundliche Agrar-
81 und Ernährungswende vorangebracht werden, die Zukunftsperspektiven für
82 Landwirt*innen in diversifizierten lokalen Wirtschaftskreisläufen schafft.

83 6. Die betroffenen Wildvögel sind ohnehin durch Landwirtschaft, Siedlungen,
84 Tourismus und Klimawandel gefährdet. Aktuell ist für die Kraniche vor allem eine

85 ungestörte Rast wichtig. Ihre enormen Verluste können sie in Zukunft aber nur
86 ausgleichen, wenn sie guten Bruterfolg haben. Dafür brauchen sie in unserer
87 Landschaft wieder mehr Raum. In Bund und Ländern muss daher auf eine schnelle
88 und ambitionierte Durchsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung für die
89 Natur gedrungen werden. ^[10]

90 .

91 [1]<https://www.kraniche.de/de/news-leser/ueber-15-500-tote-kraniche-ganz-deutschland-betroffen.html>

93 [2]<https://www.birdlife.org/news/2022/08/08/an-unprecedented-wave-of-avian-flu-has-been-devastating-bird-populations-across-the-northern-hemisphere/>

95 [3]<https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/gefaehrdungen/krankheiten/vogelgrippe/32514.html> Meldung vom
96 18.12.2023

98 [4] Die Tierseuchenkasse bekommt nur zu maximal 50% das Geld von
99 Geflügelhaltungen, der Rest wird aus Steuermitteln ergänzt.

100 [5]<https://www.tagesschau.de/inland/vogelgrippe-gefluegelhalter-stallpflicht-engpaesse-100.html>

102 [6]<https://brandenburg.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/36676.html>

103 [7]<https://www.hgon.de/entdecken/aktuelles/gefluegelpest-bei-kranichen-auch-hessen-ist-betroffen/>

105 [8] HPAI-Viren können bei 4 Grad Celsius bis zu zwei Monate in Geflügelmist
106 überleben.
107 https://pmc.ncbi.nlm.nih.gov/articles/PMC3784916/pdf/13337_2013_Article_135.pdf

108 [9] = die Tiere, die in miteinander verbundenen Einheiten leben.

109 [10]<https://www.nabu.de/news/2025/10/36681.html>

Begründung der Dringlichkeit

Die hochpathogene HPAI hat sich, wie Ende Oktober sichtbar wurde (<https://taz.de/Vogelsterben-in-Brandenburg/!6122199/>), zu einer Gefahr für den Artenschutz entwickelt und ist nicht mehr nur Geflügelpest: Die Zahlen bei den betroffenen Wildvögeln, vor allem Kranichen, sind regelrecht explodiert. Die bisherigen Maßnahmen haben, wie jetzt sichtbar wird, nicht dazu beigetragen, das Virus unter Kontrolle zu bringen. Der politische Umgang mit dem Virus muss dringend diskutiert werden, im Hinblick auf Maßnahmen, aber auch den allgemeinen Diskurs. Derzeit wird versucht, die Verluste unter den Kranichen herunterzuspielen (<https://taz.de/Experte-ueber-Vogelgrippe/!6122411/>), mit dem Ziel, dass alles wie bisher gehandhabt werden soll. Dabei bietet der diesjährige Ausbruch unter den Wildvögeln die Möglichkeit, Ursachenforschung zu betreiben und daraus geeignete Maßnahmen abzuleiten.

weitere Antragsteller*innen

Anja Abate (KV Berlin-Kreisfrei); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Dorothee Wiest (KV Reutlingen); Insa Warms-Cangalovic (KV Bremen Links der Weser (LdW); Marion Lünz (KV Gütersloh); Gerd Endres (KV Fürth-Stadt); Niklas Graf (KV Wesel); Sylvia Greuel (KV Rhein-Sieg); Ursula Harper (KV München); Elias Bamidis (KV München); Jessica Geller (KV Rhein-Sieg); Matthias Herking (KV Coesfeld); Jonathan Beil (KV Mansfeld-Südharz); Manuel Denkwitz (KV Frankfurt); Katja Wetzel (KV Segeberg); Sven Aulemeyer (KV Münster); Stephanie Schröer (KV Oberhausen); Nadine Hümerich (KV Oberhausen); Thorben Thieme (KV Neuwied); sowie 82 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Transparenz und Integrität parlamentarischer Entscheidungsprozesse beim Einsatz von Palantir in Baden-Württemberg sicherstellen

Antragsteller*in: Jochen Baumeister (KV Berlin-Mitte)

Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Status: Eingereicht (ungeprüft)

Antragstext

1 Die Bundesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

2 1. Die Bundespartei spricht sich für eine umfassende interne Klärung der
3 Entscheidungsprozesse im Zusammenhang mit dem Einsatz der Analyseplattform
4 „Palantir Gotham“ in Baden-Württemberg aus.

5 2. Der Bundesvorstand wird beauftragt zu prüfen,

6 • ob im Vorfeld der Entscheidung zum Einsatz von Palantir in Baden-Württemberg
7 Einflussnahmen, Interessenkonflikte oder mögliche Abhängigkeiten bestanden,

8 • ob Abgeordnete oder Entscheidungsträger*innen durch die Existenz oder Nutzung
9 der Plattform in eine potenzielle Druck- oder Verwundbarkeitssituation hätten
10 geraten können,

11 • ob bestehende Schutzmechanismen zur Sicherung der Unabhängigkeit
12 parlamentarischer Entscheidungen ausreichend waren und sind.

13 3. Der Bundesvorstand erarbeitet auf Basis der Ergebnisse konkrete
14 Handlungsempfehlungen, wie - auch über diesen Einzelfall hinaus - strukturelle
15 Risiken für unzulässige Einflussnahme durch Anbieter hochsensibler Datenanalyse-
16 Systeme künftig ausgeschlossen werden können.

17 4. Die Ergebnisse der Prüfung sowie Vorschläge für zukünftige Schutz- und
18 Transparenzmaßnahmen werden bis spätestens zur nächsten regulären BDK in
19 geeigneter Form vorgelegt.

Begründung der Dringlichkeit

Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass Palantir in Baden-Württemberg bereits praktisch eingesetzt wird und damit fortlaufend Tatsachen geschaffen werden, die politische und technische Abhängigkeiten verstetigen können. Ohne sofortige parteiinterne Klärung möglicher struktureller Einflussnahmen auf den Entscheidungsprozess besteht die Gefahr, dass nachträgliche Untersuchung oder Korrektur kaum noch möglich ist. Eine Befassung der BDK ist daher jetzt zwingend notwendig.

Begründung

Die Entscheidung über den Einsatz der Analyseplattform „Palantir Gotham“ in Baden-Württemberg berührt grundsätzliche Fragen demokratischer Integrität, staatlicher Souveränität und des Schutzes vor unzulässiger Einflussnahme.

Palantir-Systeme basieren technisch darauf, sehr umfangreiche und hochsensible personenbezogene Daten zu verarbeiten. Nach öffentlich zugänglichen Informationen (z. B. Heise-Bericht vom Nov 2025)

wurde das System in Baden-Württemberg bereits Monate vor der politischen Entscheidung mit Daten angelernt. Diese Konstellation wirft - völlig unabhängig von der Integrität der beteiligten Personen - Fragen zu systemischen Risiken auf.

Gerade bei Systemen, deren Anbieter durch technische Architektur potenziell weitreichende Kenntnis über Behördenstrukturen, Nutzerverhalten oder personenbezogene Profile erlangen können, besteht ein grundsätzliches Risiko der Einflussnahme oder Verwundbarkeit. Dabei handelt es sich um ein strukturelles Risiko, das eine demokratische Partei mit besonderer Sensibilität für Bürgerrechte transparent und verantwortungsvoll prüfen muss.

Ziel dieses Antrags ist es, parteiintern sicherzustellen,

- dass sämtliche Entscheidungsprozesse frei von externer Einflussnahme waren,
- dass keine Druck- oder Abhängigkeitssituationen bestanden oder bestehen,
- und dass wir als Partei für die Zukunft klare Leitlinien im Umgang mit sicherheitsrelevanten IT-Systemen entwickeln.

Die Prüfung dient damit der Stärkung von Transparenz, demokratischer Resilienz und innerparteilicher Glaubwürdigkeit.

weitere Antragsteller*innen

Carsten Nielsen (KV Flensburg); Arne Babenhauserheide (KV Karlsruhe-Land); Felix Singer (KV Darmstadt); Alexandra Königshausen (KV Flensburg); Katharina Khodami (KV Flensburg); Gustav Blaß (KV Gera); Anna Steinmetzer (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Ralf Striecker (KV Flensburg); Henning Singer (KV Südliche Weinstraße); Linda Weiß (KV Oberhavel); Jannis Mehring (KV Bochum); Jörg Schwaab (KV Mainz-Bingen); Sven-Mario Seeberg-Elverfeldt (KV Regensburg-Stadt); Peter Stumm (KV Birkenfeld); Alex Hunczek (KV Hamburg-Nord); Henri Holtgreve (KV Osnabrück-Land); Christoph Schnegg (KV Weimarer Land); Matthias Möhring (KV Bremen-Ost); Julia Burkhardt (KV Jena); sowie 56 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Dringlichkeitsantrag: Dialog statt Repression! Grundrechte von Fans und Zuschauer*innen schützen!

Gremium: Landesparteitag (LDK) Schleswig-Holstein

Beschlussdatum: 23.11.2025

Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Status: Eingereicht (ungeprüft)

Antragstext

1 Die Innenministerkonferenz (IMK) wird auf ihrer Tagung Anfang Dezember über
2 Maßnahmen beraten, die einen erheblichen Angriff auf die Grundrechte von Fans
3 und Zuschauer*innen darstellen. In den letzten Tagen und Wochen hat sich hier
4 Widerstand gebildet. Tausende Fans von über 38 Klubs protestierten gegen die
5 Vorschläge.

6 Es wäre nicht das erste Mal, dass Fußballfans zum Versuchsobjekt für überzogene
7 und unverhältnismäßige Sicherheitsverschärfungen werden. Dabei hat sich die
8 Sicherheitslage in den Stadien bundesweit in den vergangenen Jahren
9 kontinuierlich verbessert. Trotz immer neuer Rekordbesuchszahlen und der
10 Tatsache, dass jedes Wochenende Millionen von Fans und Zuschauer*innen die
11 Spiele verfolgen, sind alle relevanten Kennzahlen, wie die Zahl an Verletzten,
12 Ermittlungsverfahren und Polizeistunden stark rückläufig. Dies zeigt u.a. auch
13 der Jahresbericht der Zentralen Informationsstelle Sportheinsätze (ZIS). Während
14 Gewaltdelikte abnehmen, bleibt das Sicherheitsniveau in deutschen Stadien
15 konstant hoch. Umso unverständlich ist es, dass im Vorfeld der IMK erneut über
16 sehr weitreichende Überwachungsmaßnahmen diskutiert wird.

17 Ob personalisierte Tickets, der verstärkte Einsatz "intelligenter"
18 Videoüberwachung und künstlicher Intelligenz zur Gesichtskontrolle - die
19 vorgeschlagenen Maßnahmen und Instrumente werden seit Jahren höchst kontrovers
20 diskutiert. Statt den Dialog mit DFB, DFL, Vereinen und organisierter Fanszene
21 fortzusetzen und gemeinsam zu guten Lösungen zu kommen, riskieren die
22 Innenminister*innen durch ihr Vorgehen eine Vertiefung ohnehin bestehender
23 Gräben und weitere Eskalation.

24 Bündnis 90/ die Grünen kritisieren das Vorgehen im Vorfeld der IMK und den
25 geplanten Einsatz von oftmals völlig unausgereiften, tief in die Grundrechte von
26 Fans und Zuschauer*innen eingreifende Maßnahmen scharf. Wir erinnern daran, dass
27 Grundrechte auch für Fußballfans und Zuschauer*innen gelten. Gegen Versuche,
28 unausgereifte und tief in die informationelle Selbstbestimmung eingreifende
29 Instrumente zunächst in Stadien und deren Umfeld einzusetzen, um sie später auch
30 in anderen öffentlichen Bereichen einzusetzen, stellen wir uns entschieden
31 entgegen.

32 Pauschalverdacht und eine massive Einschränkung von Grundrechten machen die
33 Stadien und unsere Gesellschaft nicht sicher. Extrem fehlerhafte
34 Gesichtserkennungssysteme und flächendeckende Videoüberwachung gefährden
35 Grundrechte und sind extrem kostenintensiv. Wir teilen die aufgrund von
36 Missbrauchsanfälligkeit starke Kritik von Datenschützern an der diskutierten
37 Einführung von personalisierten Tickets. Pauschale Stadien- und Stadtverbote

38 gegen ganze Fangruppen sind nicht zu rechtfertigen. Verpflichtende
39 Stadionverbote schon bei Einleitung eines Ermittlungsverfahrens würde die unseren
40 Rechtsstaat konstituierende Unschuldsvermutung aushebeln und wäre unseres
41 Erachtens klar rechtswidrig.

42 Stadionverbote müssen schon heute nach entsprechenden Überprüfungen immer wieder
43 zurückgenommen werden. Auch mit rechtswidrigen Speicherungen in der „Datei
44 Gewalttäter Sport“ gibt es immer wieder Probleme. Dennoch sind notwendige
45 Reformen, für die wir uns als Grüne immer eingesetzt haben, bisher weitgehend
46 ausgeblieben.

47 Bereits in der Vergangenheit kam es zu fragwürdigen Datenerhebungen von
48 Fußballfans durch Polizeibehörden. Niemand sollte seine Rechte am Stadiontor
49 abgeben. Stattdessen setzen wir uns als Grüne für präventive Maßnahmen, wie die
50 Zusammenarbeit mit Fanvereinigungen oder einen den verstärkten Einsatz von
51 Sozialarbeiter*innen aus. Hierbei muss auch eine rechtliche Stellung der
52 Stärkung von Sozialarbeiter*innen im Fanbereich angestrebt werden.

53 Fälle wie die Verurteilung von drei Mitarbeiter*innen eines Fanprojekts im
54 Oktober 2024 wegen Aussageverweigerung, schwächen das Vertrauen der Fanszenen in
55 staatliche Mitarbeiter*innen. Auch im Oktober dieses Jahres wurde ein Verfahren
56 gegen Sozialarbeiter*innen eingestellt und dennoch sahen sich diese über Jahre
57 einem Gerichtsverfahren ausgesetzt. Hier wollen wir die Einführung eines
58 Zeugnisverweigerungsrecht prüfen, denn die Aufgabe von Sozialarbeiter*innen ist
59 es, Brücken zu bauen und ein Staat, der diese vor Gericht zwingt, untergräbt
60 ihre Arbeit.

61 All diese Beispiele zeigen, dass Grundrechtseingriffe oft Fans treffen, die
62 keinerlei Fehlverhalten aufweisen. Vielmehr verhalten sich an jedem Spieltag
63 Millionen Fans absolut rechtskonform. Selbstverständlich gibt es auch Personen,
64 die randalieren und gezielt gewalttätige Auseinandersetzungen suchen - mit Fans
65 anderer Mannschaften, Ordnern oder der Polizei. Das bestreitet niemand.

66 Statt auf die Breite der Millionen von friedlichen Fans und Zuschauer*innen
67 abzielende, unverhältnismäßige Maßnahmen setzen wir uns für ein zielgerichtetes
68 Vorgehen gegen diejenigen ein, die ganze Kurven und Fanszenen immer wieder in
69 Misskredit bringen.

70 Dialog und Prävention statt repressiven Populismus!

71 Wir fordern die Innenminister*innen der Länder dazu auf, von den derzeit in der
72 Diskussion befindlichen Maßnahmen Abstand zu nehmen. Statt die Faktenlage
73 komplett zu ignorieren und ohnehin bestehende Gräben ohne Not weiter zu
74 vertiefen, müssen sie endlich eine grundrechteschonende, fakten- und
75 evidenzbasierte Sicherheitspolitik verfolgen. Statt Vereine, Verbände und Fans
76 zu ignorieren, fordern wir zu einer Rückkehr zum Dialog auf.

77 Statt des Ausbaus rein repressiv wirkender Kollektivmaßnahmen braucht es in
78 erster Linie Prävention, die Stärkung von Fanprojekten und zielgerichtetes
79 Vorgehen gegen Täter.

80 Deutsche Fußballstadien und Kurven sind immer auch das Spiegelbild unserer
81 Gesellschaft. Gesellschaftliche Entwicklungen machen weder positiv noch negativ
82 vor dem Fußball, Fans und Zuschauer*innen halt. Die sehr erfolgreiche Arbeit von
83 Fanprojekten, gerade mit jungen Fans, ist die beste Prävention und gelebte

- 84 Demokratiearbeit. Gute Arbeit braucht Kontinuität und Verlässlichkeit. Wir
- 85 wollen Fanprojekte stärken und die Erkenntnisse aus der Fansozialarbeit stärker
- 86 zur Grundlage von politischen Entscheidungen machen.

Begründung der Dringlichkeit

Die sehr weitreichenden Pläne, die auf der kommenden Innenministerkonferenz Anfang Dezember in Bremen beraten und ggf. beschlossen werden sollen, sind erst nach Antragsschluss für die BDK bekannt geworden. In der Folge hat sich eine größere politische Debatte zu dem Thema entfacht, zu der wir uns als Partei positionieren sollten.

Begründung

erfolgt mündlich

D-01 Dringlichkeitsantrag: Resolutes Handeln für Europa!

Antragsteller*in: Radosawa Stomporowski (KV Bonn)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 Der veröffentlichte „28-Punkte-Plan“ und die neuen Enthüllungen zu Steve Witkoff
2 zeigen eine qualitativ neue Gefährdung der europäischen Sicherheitsordnung. Gab
3 es in den ersten Tagen noch Zweifel an der russischen Handschrift des Papiers,
4 so sind diese inzwischen ausgeräumt. Russland konnte über informelle Kanäle
5 direkten Einfluss auf US-Positionen zur Ukraine gewinnen. Damit entsteht das
6 Risiko, dass Entscheidungen über Osteuropa bilateral zwischen Washington und
7 Moskau getroffen werden – ohne Beteiligung Kyjiws und ohne europäische
8 Mitsprache.

9 Die Auftritte der US-Regierung in München, im Oval Office und in Alaska
10 bestätigen diese politische Schieflage zugunsten Russlands und untergraben das
11 Vertrauen in multilaterale Strukturen. Dieses Vorgehen fügt sich in ein größeres
12 Muster ein. In seiner Logik erinnert es an den Molotov-Ribbentrop-Vertrag, der
13 den Zweiten Weltkrieg entfesselte.

14 Gerade deshalb darf Europa nicht länger abwarten oder zögern. Unsere Sicherheit
15 verlangt entschlossenes Handeln, den schnellen Ausbau eigener
16 Verteidigungsfähigkeit und eine verlässliche Unterstützung der Ukraine – auch
17 unabhängig von den USA. Diese Fähigkeiten sind Voraussetzung, um Frieden zu
18 sichern und Erpressungen zu verhindern. Darum braucht Europa eine robuste
19 Verteidigungsbasis: gemeinsame Rüstungsprojekte, Luftverteidigung,
20 Cyberresilienz und Verteidigungsbereitschaft. Diese Fähigkeiten sind
21 Voraussetzung, um Frieden zu sichern und Erpressung zu verhindern.

22 Die Unterstützung der Ukraine ist Teil unserer eigenen Sicherheit. Wer Europas
23 Werte schützen will, darf nicht zulassen, dass ein souveräner Staat vom
24 Aggressor zerstört wird. Deshalb muss Deutschland endlich Taurus schicken!

25 Wir Grünen müssen diese Konsequenz klar benennen und politisch vorantreiben,
26 denn die Freiheit der Ukraine ist ein zentraler Bestandteil unserer eigenen
27 Sicherheit. Nur ein starkes, handlungsfähiges Europa kann die internationale
28 Ordnung bewahren, Frieden sichern und Gewalt als Mittel der Politik verhindern.
29 Wer unsere europäische Sicherheit ernst nimmt, setzt jetzt auf resolute
30 europäisches Handeln.

Begründung der Dringlichkeit

Die Dringlichkeit ergibt sich aus einem sicherheitspolitischen Ereignis, das erst nach Antragsschluss eingetreten ist: der veröffentlichte und inzwischen überarbeitete „28-Punkte-Plan“ der US-Regierung sowie die Enthüllungen über die Verhandlungen des US-Sondergesandten Witkoff mit Russland. Diese Entwicklung hat unmittelbare Auswirkungen auf die Ukraine und Europa, da sie die ukrainische Souveränität und die europäische Sicherheitsordnung gefährdet.

Neu ist, dass Russland über informelle Kanäle direkten Einfluss auf US-Positionen zur Ukraine gewinnen konnte und damit das Risiko entsteht, dass Entscheidungen über Osteuropa bilateral zwischen Washington und Moskau getroffen werden – ohne Beteiligung Kyjiws und ohne europäische Mitsprache.

Dies geschah am 14. Oktober, in einem Moment, als Präsident Selenskyj ein Treffen für den 17. Oktober mit dem US-Präsidenten Trump vorbereitet hatte, um dringend benötigte Tomahawk-Marschflugkörper zur Verteidigung gegen die brutalen russischen Angriffe auf ukrainische Städte zu erhalten. Doch genau in dieser Phase kam es zum Gespräch zwischen Putin und Trump – und die geplante Lieferung wurde daraufhin abgewendet. Damit wurde der Ukraine nicht nur eine entscheidende militärische Unterstützung verweigert, sondern zugleich deutlich, wie russische Einflussnahme über informelle Kanäle die amerikanische Entscheidungsfindung unmittelbar verändern konnte.

Zudem hat die mögliche schnelle Umsetzung des Plans zu einer Verschärfung der Lage geführt, auch wenn dies in der Zwischenzeit offenbar durch diplomatische Gespräche abgewendet werden konnte. Trotzdem sind noch keine Punkte über die aktuellen Verhandlungen, ihren Vereinbarungen oder Differenzen öffentlich bekannt.

Obwohl die russische Handschrift und die Einflussnahme des Kremls aufgeflogen sind, will Donald Trump weiterhin an seinen Sondergesandten Steve Witkoff festhalten und ihn nach Russland zu Gesprächen mit Putin schicken!

Damit liegt ein externer Vorgang vor, der eine neue sicherheitspolitische Realität geschaffen hat und unmittelbares Handeln Europas für die gemeinsame Sicherheit erforderlich macht. Der Antrag befasst sich im Kern mit diesem Ereignis und seinen Folgen und erfüllt damit die Voraussetzungen der Geschäftsordnung für einen Dringlichkeitsantrag.

Begründung

Wir sind zutiefst alarmiert!

Entscheidend an diesem Plan ist auch der aktuelle Zeitpunkt. Seine Veröffentlichung fällt in einen Moment, in dem die Ukraine bzw. das Umfeld von Präsident Selenskyj selbst unter Druck steht, diese aber auch über starken Druck verfügt: die Zerstörung russischer Einnahmequellen, der Ölinfrastruktur und der zentralen Logistik. Russlands Wirtschaft steht stark unter Druck.

Dennoch ist Russland mächtig genug, die Schwächen Anderer im entscheidenden Moment auszunutzen. Die Sprache des Dokuments verriet unmittelbar ihren russischen Ursprung, eingebettet in eine Strategie der Manipulation durch reflexive Kontrolle.

Die zuvor angedrohten Sanktionen gegen Russland sind praktisch verschwunden. Statt einer Verschärfung ist über einen Deal die Rede, der Russland von Sanktionen befreit und ihm sogar neue wirtschaftliche Spielräume eröffnet.

Das ursprüngliche Ultimatum der Trump Regierung an die Ukraine zeigt, wie fragil damit auch unsere Sicherheit verbunden ist. Zwar wurde es nach ersten Gesprächen abgeschwächt – doch die Botschaft bleibt: Der stärkste Partner Europas spielt mit Russland und setzt damit auch uns aufs Spiel. Je länger wir zögern, desto näher rückt der Krieg an unsere eigenen Grenzen.

*

Europa darf nicht erneut in die alte Logik der Großmächte zurückfallen, in der über die Köpfe von Menschen und Staaten hinweg entschieden wird. Der sogenannte Witkoff-Dmitriev-Plan reiht sich ein in die Tradition des Molotow-Ribbentrop-Abkommens, das den Zweiten Weltkrieg entfesselte. Die Teilungsprotokolle von Jalta führten in den Kalten Krieg. All das erinnert uns daran, welche verheerenden Folgen es hat, wenn Großmächte über kleinere Länder bestimmen.

Gerade deshalb darf Europa nicht zum Spielball imperialer Mächte werden. Wir Grüne stehen für ein Europa, das seine Freiheit selbst verteidigt und Solidarität mit der Ukraine lebt. Nur wenn wir jetzt handeln, bleibt Europa frei, stark und in seiner Demokratie lebendig.

weitere Antragsteller*innen

Torsten Grieger (KV Altenburg); Peter Heilrath (KV München); Felix Buchwald (KV Altenburg); Matthias Herking (KV Coesfeld); André Nebel (KV Altenburg); Sandra Krautscheid (KV Rhein-Sieg); Philip Schlumbohm (KV Harburg-Land); Bernhard Stengèle (KV Altenburg); Alyssa Ammelung (KV Köln); Gerhard Wettschereck (KV Wuppertal); Sonja Katharina Schiffers (KV Berlin-Mitte); Julian Dietzschold (KV Heidelberg); Hannes Sturm (KV Freiburg); Mattia Nelles (KV Düsseldorf); Max Hansen (KV Herzogtum Lauenburg); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Ilona Jurk (KV Altenburg); Luise Lück (KV Berlin-Pankow); sowie 78 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

D-02 Dringlichkeitsantrag: Kein Deal zu Lasten der Ukraine und Europas

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 28.11.2025
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 Für die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine ist das Leben im Krieg furchtbar. Sie
2 wünschen sich nichts mehr als Frieden. Sie leiden unter täglichen und
3 nächtlichen Angriffen auf das zivile Leben, die Energie- und Wärmeversorgung.
4 Kindergärten werden angegriffen, Krankenhäuser und Wohngebäude. Menschen
5 sterben, werden verletzt, leiden. Die Ukraine ist das angegriffene Land, sie
6 verteidigt ihr Leben, Freiheit und Demokratie, sie verteidigt auch die Freiheit
7 Europas.

8 Der kürzlich öffentlich gewordene 28-Punkte-Plan zur Ukraine ist allerdings kein
9 ernsthafter Weg zum Frieden, sondern der offensichtliche Versuch, die Ukraine zu
10 unterwerfen und einen gefährlichen Deal zum Nachteil Europas zu machen. Statt
11 sich glaubwürdig für einen tragfähigen Frieden einzusetzen, sucht US-Präsident
12 Donald Trump den Pakt mit Kriegsverbrecher Putin. Dieser Pakt würde nicht nur
13 die Zukunft der Ukraine opfern, er wäre ein schlechter Deal zulasten unserer
14 europäischen
15 Sicherheit: Er stellt die Souveränität der Ukraine in Frage, schwächt sie und
16 würde damit Putins Machtstellung in ganz Europa ausweiten. Gewalt und Aggression
17 würden belohnt. Für die Menschen in den abgetretenen Gebieten gäbe es keinen
18 Frieden. Unterdrückung, Vergewaltigungen, Folter, Raub von Kindern würden
19 legalisiert. Ein brutales Besatzungsregime würde geschaffen. Das Völkerrecht
20 würde verhöhnt. Grundlegende Errungenschaften der KSZE-Schlussakte von Helsinki,
21 der Charta von Paris und der NATO-Russland-Grundakte – wie das Recht auf freie
22 Bündniswahl – würden rückabgewickelt.

23 Es ist schockierend, dass die US-Regierung viele russische Forderungen eins zu
24 eins übernommen hat. Dass die USA die Aussicht auf Business mit Putin über das
25 Schicksal der Ukraine und die Sicherheit Europas stellen, ist eine Attacke auf
26 die regelbasierte Weltordnung und die lange transatlantische Kooperation im
27 Rahmen der NATO. Spätestens jetzt muss uns klar sein, dass die USA kein
28 zuverlässiger Verbündeter Europas mehr sind, dass europäische und US-Interessen
29 nicht zwangsläufig Hand in Hand gehen und dass die US-Regierung bereit ist,
30 entgegen europäischen Sicherheitsinteressen zu handeln. Dazu gehören die
31 Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine.

32 Der Trump-Putin-Pakt legt leider auch die Schwächen Europas offen. Wenn es um
33 den Frieden auf unserem Kontinent geht, sind wir in der Verantwortung, jetzt
34 alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um unsere Sicherheit und Freiheit
35 eigenständig schützen zu können. Sich Donald Trump anzudienen, ist dabei keine
36 erfolgversprechende Strategie. Angesichts der Bedrohungen, denen Europa durch
37 die imperialen Ambitionen des Kremls ausgesetzt ist, braucht es eine europäische
38 Sicherheitspolitik, die über Verlautbarungen und Ankündigungen hinausgeht. Es
39 braucht eine umfassende und eigenständige europäische Sicherheitspolitik

- 40 innerhalb der Europäischen Union gemeinsam mit Partnern wie Großbritannien und
41 Norwegen.

Begründung der Dringlichkeit

Am 19. November stellte der US-Präsident Trump einen so genannten Friedensplan für die Ukraine vor. Dieser Vorschlag ändert die Dynamik der politischen Lage im Ukraine-Konflikt grundlegend. Dazu wollen wir eine Antwort formulieren, die eine effektive europäische Politik beschreibt.